

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Die massive sexuelle Gewalt gegen Frauen durch vor allem junge arabische und nordafrikanische Männer in Köln, aber auch in Hamburg, Stuttgart und weiteren Städten in Deutschland in der Silvesternacht ist widerwärtig und darf sich nicht wiederholen.



Die brutalen Übergriffe und die Erkenntnisse, die sich mittlerweile aus den Ermittlungen ergeben, haben uns in dieser Woche im Bundestag intensiv beschäftigt. Die Regierungskoalition hat sich sehr schnell auf die rechtlichen Konsequenzen verständigt, die jetzt auch rasch in Gesetze umgesetzt werden müssen. Wir werden gemeinsam mit unserem Koalitionspartner gesetzliche Verschärfungen beschließen, mit denen erreicht werden soll, dass straffällige Ausländer und Migranten leichter ausgewiesen werden können bzw. ihnen die Flüchtlings-eigenschaft entzogen werden kann. Wer sein Gastrecht durch Straftaten missbraucht, hat in unserem Land nichts zu suchen.

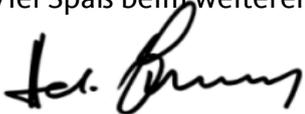
Wir müssen mit aller Vehemenz dem vermeintlichen Eindruck entgegenwirken, dass es in Deutschland rechtsfreie Räume gibt und dass unsere Polizei die Bürger nicht schützen kann.

Unabhängig von der Schande von Köln ist uns allen bewusst, dass die derzeitigen Flüchtlingszahlen zu hoch sind. Wir wollen und werden die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge spürbar reduzieren. Ich unterstütze die Bundeskanzlerin voll und ganz in ihren Unternehmungen, um hier zu einer europäischen Lösung zu kommen und eine Vereinbarung mit der Türkei zu erreichen. Dieser Weg braucht Zeit und Geduld und trägt zu einer langfristigen Lösung der Flüchtlingsproblematik bei.

Leider haben die meisten EU-Staaten bislang wenig Bereitschaft gezeigt, sich an einer maßvollen Flüchtlingsaufnahme im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu beteiligen. Wie die Europäische Kommission am Mittwoch mitteilte, sind von den vereinbarten 160.000 Flüchtlingen bislang lediglich 272 in andere EU-Staaten gebracht worden. Auch funktioniert der Aufbau von Erstaufnahmezentren, sogenannten Hotspots, an den EU-Außengrenzen bis dato nur sehr schleppend.

Aufgrund dieser ernüchternden Erfahrungen müssen auch wir in Deutschland darüber nachdenken, unsere Grenzen rigorosener zu überwachen und Migrationswillige unter bestimmten Bedingungen schon an der Einreise zu hindern. Die seit Jahresbeginn deutlich gestiegene Zahl derjenigen, die an der deutsch-österreichischen Grenze abgewiesen werden, ist hierbei ein erster Schritt in die richtige Richtung. Kurzum: Geltendes Recht muss beachtet werden, Einreisen über sichere Drittstaaten müssen Ausnahme und nicht Regel sein.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

Bürgersprechstunde am 20. Januar in Baesweiler

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Mittwoch, den 20. Januar 2016 von 18:00 bis 19:00 Uhr im Rathaus der Stadt Baesweiler (CDU-Fraktionszimmer) statt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, sich mit ihren Fragen und Anregungen an mich zu wenden. Besucher der Sprechstunde sollten sich möglichst vorab im Wahlkreisbüro unter 02404/557830 anmelden.

Da die Sprechstunde außerhalb der Öffnungszeiten der Baesweiler Stadtverwaltung stattfinden wird, ist das CDU-Fraktionszimmer nur über den Nebeneingang an der Aachenerstraße erreichbar.

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Ausbildung kurdischer Peschmerga wird fortgesetzt

Mit der Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Ausbildung kurdischer und irakischer Streitkräfte reagieren wir auf die anhaltend instabile Sicherheitslage im Irak durch militärische Gefechts-handlungen, Terroranschläge und Fluchtbewegungen. Seit Februar 2015 wurden im Rahmen der multinationalen Ausbildungsmission 4.800 Sicherheitskräfte im Raum Erbil ausgebildet.

Die Mission hat dazu beigetragen einen weiteren Landgewinn durch den IS, der von den Vereinten Nationen als eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit eingeschätzt wird, zu verhindern. Im Norden des Irak konnten kurdische Peschmerga den IS in die militärische Defensive bringen. Ferner erweitern wir auf Grund der qualitativen und quantitativen Ausweitung der Ausbildungsunterstützung die Personalobergrenze von 100 auf 150 Soldaten. Wir folgen damit der Aufforderung nach militärischer Unterstützung der irakischen Regierung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des IS auf verfassungs- und völkerrechtlich konformer Grundlage.

Durch die Ausbildung der lokalen Sicherheitskräfte bekämpfen wir aktiv Fluchtursachen und ebnen den Weg, dass die Menschen in ihre Heimat in den freigekämpften Gebieten zurückkehren können.

Bundesverfassungsrecht verhandelt Minderheiten- und Oppositionsrechte im Bundestag

Am vergangenen Mittwoch war ich gemeinsam mit Abgeordnetenkollegen beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, um als Justiziar unserer Fraktion an der [mündlichen Verhandlung](#) zum Antrag der Linksfraktion zum „Umfang von Minderheiten- und Oppositionsrechten im Deutschen Bundestag“ teilzunehmen.



Die Opposition im Bundestag ist in der aktuellen Legislaturperiode zugegebenermaßen klein im Vergleich zu den Regierungsfractionen. Deshalb haben wir ihre Rechte zu Beginn der Legislaturperiode deutlich über die Vorgaben der Geschäftsordnung des Parlaments hinausgehend gestärkt – etwa bezüglich der Redezeit im Plenum. Insofern halte ich den Gang der Linken vor das Verfassungsgericht zum jetzigen Zeitpunkt für reine Effekthascherei, dem die Richter nach meinen Eindrücken aus der mündlichen Verhandlung auch nicht folgen werden. Ein Urteil ist in einigen Monaten zu erwarten.

Arbeitsmarkt auf Rekordniveau

2015 war ein Erfolgjahr für den Arbeitsmarkt. Im vergangenen Jahr waren 43 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig – so viele wie noch nie zuvor. Die Zahl stieg um 324 000 im Vergleich zum Vorjahr. Auch die Zahl der Arbeitnehmer wuchs um 1,1 % auf 38,7 Millionen. Zugleich liegt die Anzahl der offenen Stellen auf Rekordhoch. Somit sind insbesondere die Arbeitnehmer Profiteure der robusten Situation auf dem Arbeitsmarkt.

Alle wissen: Die Herausforderung der Betreuung von Flüchtlingen lässt auch die arbeitsmarktpolitische Entwicklung nicht kalt. Die ersten Anzeichen sind bei der zunehmenden Nachfrage nach Wach- und Sicherheitspersonal, Fachkräfte für den sozialen Sektor sowie Verwaltungsmitarbeitern zu konstatieren. Alle wissen aber auch: Durch den Zuzug von arbeitslosen Flüchtlingen werden auch die Arbeitslosenzahlen eine Anpassung erfahren müssen. Für 2016 werden demnach zwischen 40.000 und 100.000 mehr Arbeitslose erwartet.

Impressum:

Ausgabe Nr.: 01/16 15. Januar 2016

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-71472

Fax: 030 / 227-76471

E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf

Tel.: 02404/557830

Fax: 02404/673445

E-Mail: helmut.brandt.wk@bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de

[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)